

Juni 2020

# Länderbericht

Auslandsbüro Serbien



## Parlamentswahlen in Serbien 2020

### Serbische Fortschrittspartei (SNS) baut Mehrheit aus

*Norbert Beckmann-Dierkes, Martin Maria Reinkowski*

Nach den vorläufigen Ergebnissen erzielt die Serbische Fortschrittspartei von Präsident *Aleksandar Vučić* bei den Parlamentswahlen 62,6 Prozent (2016: 48,25 Prozent) der Stimmen und verfügt gemäß der entsprechenden Sitzverteilung damit über eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament. Nur zwei weitere Parteien haben die Drei-Prozent-Hürde übersprungen und es ins Parlament geschafft: die Sozialistische Partei (SPS) mit 10,9 Prozent (2016 10,95 Prozent), bisheriger Koalitionspartner der SNS und die erstmals angetretene Serbische Patriotische Allianz (SPAS) mit 4,2 Prozent. Große Teile der Opposition hatten die Wahl boykottiert. Insgesamt bewarben sich 21 Parteien um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler.

Damit erhielt laut Berechnungen des Ipsos-Instituts die SNS im neuen Parlament 191 von 250 Sitzen und damit eine klare Zweidrittel-Mehrheit. Bisher hielt die Partei 131 Mandate. Die Sozialistische Partei (SPS) von Außenminister *Ivica Dačić*, bisheriger Koalitionspartner der SNS, hat mit 10,9 Prozent der Stimmen, 33 Sitze erreicht. Als dritte Partei schafft es die Serbische Patriotische Allianz (SPAS) von *Aleksandar Šapić* mit 4,2 und zwölf Sitzen ins Parlament. Die übrigen Parlamentssitze fallen an Parteien der nationalen Minderheiten, für die die Drei-Prozent-Klausel nicht gilt. Die Serbische Radikale Partei von *Vojislav Šešelj*, der in Den Haag als Kriegsverbrecher verurteilt wurde, hat die Drei-Prozent-Hürde nicht übersprungen. Die Hürde war im Vorfeld von fünf auf drei Prozent gesenkt worden. Für die Parteien der anerkannten nationalen Minderheiten gilt die Drei-Prozent-Hürde nicht.

Die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben bei etwa 50 Prozent, auf jeden Fall deutlich niedriger als vor vier Jahren mit 56,07 Prozent. Dies hat sicher seinen Grund in dem Wahlboykott, zu dem ein Teil der Opposition aufgerufen hatte, unter anderem das „Allianz für Serbien“ mit vielen weiteren aus der Demokratischen Partei entstandenen Kleinparteien. Sie werfen dem SNS-Vorsitzenden

und Staatspräsidenten *Aleksandar Vučić* eine Medienübermacht vor und haben zuvor bereits die Parlamentsarbeit boykottiert, weil sie sich benachteiligt sahen. Die Geschäftsordnung des Parlaments ist jedoch zu ihrer Regierungszeit entstanden, die SNS regiert in Serbien seit 2012.

Der Wahlausgang ist nicht unerwartet, die Umfragen zur Wahl prognostizierten diese Ergebnisse schon seit längerem. Die Wahl war auf Grund der Covid-19 Krise vom 6. April auf den 21. Juni verlegt worden.

Das serbische Wahlsystem sieht keine Wahlbezirke vor. Parteien können als Einzelparteien, aber auch als Listenzusammenschlüsse antreten. Insgesamt kandidierten 21 Parteien und Wahllisten.

Die SNS hatte schon 2016 mit 48,25 Prozent, die absolute Mehrheit gewonnen und erhielt 131 von 250 Sitzen im Parlament. Der Parteivorsitzende *Aleksandar Vučić*, damals Regierungschef, koalierte mit der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS), die Koalition verfügte so über 160 Mandate – was aber nicht zu einer Zweidrittel-Mehrheit reichte, um die Verfassung Serbiens zu ändern.

| Liste/Partei   | % Stimmen | Mandate |
|--|-----------|---------|
| Serbische Fortschrittspartei, SNS (und Listenpartner)                                  | 62.60     | 191     |
| Sozialistische Partei Serbiens, SPS (und Listenpartner)                                | 10.90     | 33      |
| Serbische Patriotische Allianz, SPAS   | 4.20      | 12      |
| Allianz der Vojvodina Ungarn, VMSZ (Partei der ungarischen Minderheit)                 | 2.30      | 7       |
| Bündnis von SPP und DPM (Parteien der bosniakischen und mazedonischen Minderheiten)    | 1.00      | 3       |
| Albanische Demokratische Alternative (Partei der albanischen Minderheit)               | 0.90      | 2       |
| Partei der demokratischen Aktion im Sandžak, SDA (Partei der bosniakischen Minderheit) | 0.70      | 2       |
| Für ein Königreich Serbien (Listenverbindung von Monarchisten)                         | 2.70      | 0       |
| Souveränisten (Genug ist Genug)  | 2.60      | 0       |
| BESEN 2020 (Demokratische Partei Serbiens und Listenpartner)                           | 2.40      | 0       |
| Serbische Radikale Partei, SRS   | 2.00      | 0       |
| Sonstige Listen und Parteien   | 6,7       | 0       |

Mit diesem Wahlergebnis bietet sich jetzt die Chance einer Verfassungsreform in Serbien, welche sowohl zu einer Lösung der Kosovo-Frage führen könnte als auch die Reform des Wahlrechts ermöglicht. Der Kosovo hat sich 2008 für unabhängig erklärt, was Serbien nicht anerkennt. Die Klärung der Frage ist Voraussetzung für eine Aufnahme Serbiens in die Europäische Union, das Land ist Beitrittskandidat und führt Verhandlungen mit Brüssel. Die neue Regierung in Priština sendet versöhnliche Signale, sie hat die 100-Prozent-Zölle und nicht-tarifären Handelshemmnisse auf Waren aus Serbien und Bosnien-Herzegowina aufgehoben. Die Sonderbeauftragten aus Brüssel und Washington bemühen sich bereits um neue Verhandlungen zwischen Belgrad und Priština. Am 27. Juni soll ein erstes Treffen in Washington stattfinden.

Die Kosovo-Frage spielt eine entscheidende Rolle auch innerhalb von Serbien. Zum Oppositionsbündnis „Allianz für Serbien“, das die Parlamentswahl boykottiert hat, gehört die rechtsextreme Partei „Dveri“, die jegliche Verhandlungen zur Zukunft des Kosovo als Verrat am serbischen Volk bezeichnet. Die Demokratische Partei eines *Zoran Djindjić* und eines *Boris Tadić* sowie die aus ihr hervorgegangenen Neuparteien sitzen so in einem Boot mit extremen Nationalisten – nach eigener Darstellung, um Serbien vor dem Autokraten *Aleksandar Vučić* zu retten. *Zoran Djindjić* war Premier in Serbien, er wurde 2003 ermordet. *Boris Tadić* war Staatspräsident von 2004 bis 2012 und ist heute Vorsitzender der neuen Sozialdemokratischen Partei.

Unbestritten ist, dass der SNS und Aleksandar Vučić im Staatsfernsehen sehr viel Platz eingeräumt wird, während die Opposition auf wenige Kabelsender und Zeitungen angewiesen ist, um ihre Wähler anzusprechen. Auch ist die Regierungspartei SNS in vielen öffentlichen Bereichen sehr präsent, immer wieder wird behauptet, dass vielerorts nur SNS-Mitglieder einen Job bekämen. In den Boulevardmedien wird mit harten Bandagen gegen politische Gegner vorgegangen.

Die SNS und möglicherweise die mit ihr koalierende SPS stehen nach diesem Wahlsieg vor großen Erwartungen ihrer Wählerschaft. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes, Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen, Schaffung von Rechtsstaatlichkeit, sind einige Politikfelder in denen Reformbedarf besteht. Und nicht zuletzt die Integration in die Europäische Union, das zentrale Wahlversprechen der SNS.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Norbert Beckmann-Dierkes  
Leiter der Auslandsbüros Serbien und Montenegro  
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

[norbert.beckmann@kas.de](mailto:norbert.beckmann@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)